

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Rosastr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21308, Nicolaistraße Riesa Nr. 22.

Nr. 272.

Montag, 22. November 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abnahme am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43. Nummer beträgt 1.10 Mark, der Rest 1.— Mark; je nach Umfang und besonderer Ausstattung 10%, Aufschlag, Nachzahlung und Veranlassungsgebühr 30 Pf. Feste Carlse. Gewöhnlicher Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verfallt, durch Abzug eingezogener Beträge auf den Restbetrag. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dönnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen unter dem Viehhofe von Warf Klinge in Markkleeblitz. Sperrgebiet: Markkleeblitz. Beobachtungsgebiet: Markkleeblitz, Glauchitz, Seltz, Strehlen mit Gutsbezirken (diese Orte bleiben auch Sperrgebiete). Die für den Sperr- und Beobachtungsgebiet geltenden Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — Seite 83, des G. u. V. Bl. 1912 — sind zu beachten. Zahlverhandlungen dagegen werden strafrechtlich verfolgt. Großenhain, am 20. November 1920.

2597 b E.

Die Amtshauptmannschaft.

Dienstag, den 23. November, vorm. 10 Uhr sollen im Amtsgerichte Riesa laderte Viehkaufen, Aluminiumtiegel, Badformen, Kartoffelstampfer, Brotförchen und Taschenlampenbatterien versteigert werden. Der Gerichtsvollzieher.

Kartoffelverforgung — Wochenkartoffelkarte.

Laut unserer Bekanntmachung vom 2. Oktober 1920 — Riesner Tageblatt Nr. 230 vom 2. Oktober 1920 — hatten wir uns bereit erklärt, soweit dies uns möglich sei, Kartoffeln für die in den Stadtteilen der Stadt Riesa zu verforgen, denen es bis dahin nicht gelungen war, sich mit Kartoffeln für den Winter einzudecken. Nachdem wir die sämtlichen besten Kartoffeln bereits bei verschiedenen Landwirten der Umgegend gesichert hatten, mußten wir die Durchführung dieser Verforgungsmaßnahmen unterbrechen, einmal um nicht die Arbeiten des inzwischen gebildeten Ausschusses für die Kartoffelverforgung im Bezirke des Kommunalverbandes Großenhain zu stören, der sich anbeisichtig gemacht hatte, wesentlich billigere Kartoffeln für die Riesaer Bevölkerung zu beschaffen, und sodann auch deshalb, weil die Anmeldung der Wehrjahr derrer, die auf Grund unserer Bekanntmachung vom 2. Oktober 1920 Kartoffeln bestellt hatten, sich durch ihre Anmeldung zu den Wehrbemittelten Kartoffeln erledigte. Dem genannten Ausschusse wird es nun leider, wie es scheint, nicht gelingen, die Kartoffeln für die Wehrbemittelten zu liefern, da die Landesartoffelstelle sich nicht bereit gefunden hat, die erforderlichen Mengen aus den abgeschlossenen Lieferungsverträgen zu entlassen.

Zu unserem größten Bedauern sind wir nunmehr jedoch nicht mehr in der Lage, unseren Einwohnern die fr. Zeit von ihnen bei uns bestellten Kartoffeln zu liefern. Durch die wochenlange Verzögerung war die ganze Kartoffellieferung nach Riesa derart ins Stocken gekommen, daß wir genötigt waren, die von uns gesicherten Kartoffeln zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs in kleinen Mengen wochenweise durch die hiesigen Händler an die Einwohnerlichkeit abzugeben.

Wir hoffen noch eine geringe Menge Kartoffeln beschaffen zu können, die wir jedoch auch nur wochenweise zur Ausgabe bringen können, und zwar nur auf eine Wochenkartoffelkarte, deren Einführung wir beschlossen haben.

Wochenkartoffelkarten können aber nur diejenigen erhalten, die zur Zeit keine Kartoffeln besitzen und keine Aussicht haben, solche in nächster Zeit zu erhalten. Alle Einwohner, bei denen dies zutrifft, die also nicht im Besitze von Kartoffeln sind oder solche zu erhalten hoffen, haben den Antrag auf Ausstellung von Wochenkartoffelkarten und zwar diejenigen:

- die in den Wohnortbezirken „Hotel Stern“ und „Polizeiwache“ wohnen, am Donnerstag, den 25. November 1920, vorm. von 8—10 Uhr,
- die in den Bezirken „Stadt Dresden“ und „Knabenschule“ wohnen, an demselben Tage, vormittags von 10—12 Uhr,
- die in den Bezirken „Carl Wolf“, „Carolastraße“ und „Deutsches Haus“ wohnen, an demselben Tage, nachmittags von 2—4 Uhr,
- und die in den Bezirken „Kronprinz“, „Dampfabdankung“ und „Gute Quelle“ wohnen, an demselben Tage, nachmittags von 4—6 Uhr

zu stellen.

Gedenkfeier des Turnvereins

und des Allgemeinen Turnvereins Riesa.

Zu Ehren ihrer dem Weltkriege zum Opfer gefallenen braven Turnbrüder hatten am geistigen Totensonntage die beiden hiesigen Turnvereine (T. V.) zu einer Gedenkfeier, in deren Mittelpunkt die Weihe je einer Ehrentafel stand, eingeladen. Eine stattliche Anzahl Ehrengäste, von denen vor allem die Hinterbliebenen der lieben Gedenkgemalten genannt seien, füllten mit den Vereinsmitgliedern und deren Angehörigen die geräumige Turnhalle an der Goethestraße. Inmitten einer Mannengruppe, zu beiden Seiten der Hüfte des Turnvaters T. V., waren die beiden mit Trauerfleur gezierter Ehrentafeln aufgestellt. Unter sanfter Harmoniklänge wurden zu Beginn besprechenden Aktes von einer Abordnung die auch mit Trauerfleur versehenen Vereinsfähnen in die Halle getragen, um ebenfalls als Symbol der Treue und Kameradschaft Zeuge der Handlung zu sein. Ein von Herrn Oberlehrer J. Schönebaum aus Mitgliedern des Turnvereins Riesa zusammengefügtes Doppelquartett brachte alsdann Theodor Körners „Gebet während der Schlacht: Vater ich rufe dich“ stimmungsvoll zum Vortrag, somit die Versammelten in den feierlichen Ernst der Veranstaltung einweihend. Darauf nahm der 1. Vorsitzende des Turnvereins, Herr Verwaltungsratsinspektor Hugo, das Wort zu einer kurzen, zu Herzen gehenden Ansprache. Totensonntag sei heute — und diesen Tag haben auch die hiesigen Turner gewählt, um das Gedächtnis an ihre lieben Entschlafenen wachzuhalten — um ihre tapferen Helden zu ehren. Die heutige Feier wolle nicht beabsichtigen, Wunden, die der schmerzliche Verlust geschlagen, zu öffnen, sondern vielmehr eine Dankeschuld abzutragen, sei der Jünger der heutigen Feier. Hier an dieser Stätte, so führte Herr Hugo weiter aus, wo wir mit unsern Unvergessenen zusammengewirkt haben, wollen wir ihrer heute gedenken. Alle seien hoffnungsreich und hegesbewußt hinausgegangen, nicht abend, daß als ihnen die Hand zum Abschied gedrückt wurde, dies ein Abschied für immer sei. Nur wenigen ihrer Getreuen hätten die Turnvereine das letzte Ehrengelicht in der Heimat geben können, während die größere Anzahl in fremder Erde schlummere. Nachdem Herr Hugo all den Helden für ihre geleisteten großen Taten den Dank der Turnvereine abgestattet hatte, verlas er die Namen, die als unvergängliches Wahrzeichen auf den beiden Ehrentafeln angebracht sind:

Turnverein Riesa.

Schäfer, Wilh., Off. Art.-Regt. 46, gef. 24. 8. 14 Colroy
Göbel, Gustav, Off. Art.-Regt. 108, gef. 30. 8. 14 Vertoncourt
Schäfer, Edwin, Off. Art.-Regt. 100, gef. 3. 9. 14 Gauerap
Schäfer, Kurt, Off. Art.-Regt. 108, gef. 2. 10. 14 Weipzig
Schmidt, Walter, Off. Art.-Regt. 54, gef. 24. 10. 14 Weclaire
Rump, Paul, Off. Art.-Regt. 22, gef. 17. 11. 14 Voern

Krause, Albert, Feldw. L.-F.-R. 102, gef. 19. 1. 15 Bienne
Rudolph, Paul, Off. Art.-Regt. 48, gef. 26. 2. 15 Labure
Zeiger, Max, Off. Art.-Regt. 9, gef. 9. 9. 15 Lublin
Zauerhelm, Alfred, Off. Art.-Regt. 101, gef. 12. 9. 15 Wisna
Zettler, Joh., Schützen 108, gef. 18. 3. 16 La Malmaison
Zeichner, Kurt, F.-R. 192, gef. 5. 4. 16 Saucourt
Zetta, Max, Off. Art.-Regt. 12, gef. 4. 4. 16 Virena a. C.
Zähler, Hermann, Off. Art.-Regt. 25, gef. 9. 15 Somme
Zahn, Erich, Off. Art.-Regt. 102, gef. 30. 7. 16 Somme
Zander, Otto, Off. Art.-Regt. 102, gef. 21. 9. 16 Virena
Zehmann, Emil, Off. Art.-Regt. 101, gef. 5. 11. 16 Somme
Zentgraf, Albert, Off. Art.-Regt. 7, gef. 12. 16 Dresden
Zentgraf, Erich, F.-R. 177, gef. 6. 3. 17 Virena
Zentgraf, Kurt, Off. Art.-Regt. 173, gef. 25. 4. 17 Bergencourt
Zentgraf, Kurt, Off. Art.-Regt. 102, gef. 29. 7. 17 Soogale
Zentgraf, Albert, Off. Art.-Regt. 102, gef. 19. 7. 17
Gallien

Zorn, Georg, F.-R. 182, gef. 17. 8. 17 Rumänien
Zühlke, Kurt, Off. Art.-Regt. 23, gef. 9. 17 Somme
Zühlke, Alfred, Off. Art.-Regt. 22, gef. 3. 10. 17 Wern
Zühlke, Erich, Kriegsverw., gef. 8. 10. 17 Riesa
Zühlke, Otto, F.-R. 182, gef. 22. 1. 18 Ludwigsburg
Zühlke, Gustav, Off. Art.-Regt. 48, gef. 24. 4. 18 Greco
Zühlke, Siegf., Leutn. Jäger-Batt. 26, gef. 7. 6. 18
Lameweg

Zühlke, Karl, F.-R. 102, gef. 27. 10. 18 Michelbeke
Zühlke, Karl, Off. Art.-Regt. 264, gef. 5. 11. 18
Carignan

Zühlke, Max, F.-R. 103, gef. 8. 10. 18 Arras

Zühlke, Paul, Kriegsinvalid, gef. 30. 1. 20 Riesa

Verpflicht:

Zühlke, Alfred, F.-R. 177, gef. 6. 9. 14 Frankreich

Zühlke, Richard, Off. Art.-Regt. 101, gef. 7. 9. 15 Frankreich

Allgemeiner Turnverein Riesa.

Zühlke, Karl, Schützen 108, gef. 30. 8. 14 Vertoncourt
Zühlke, Alfred, F.-R. 102, gef. 30. 8. 14 Vertoncourt
Zühlke, Joh., Off. Art.-Regt. 102, gef. 27. 9. 14 Trosnes
Zühlke, Arthur, F.-R. 102, gef. 17. 1. 15 Purtebise
Zühlke, Otto, Off. Art.-Regt. 245, gef. 28. 9. 15 Goucy
Zühlke, Adolph, Off. Art.-Regt. 12, gef. 30. 7. 16 Somme
Zühlke, Kurt, Off. Art.-Regt. 32, gef. 11. 9. 17 Lorbout
Zühlke, Hermann, Leutn. Jäger-Batt. 13, gef. 25. 9. 15 Beauvais
Zühlke, Joh., Off. Art.-Regt. 227, gef. 16. 7. 18
Beaucourt

Zühlke, Kurt, Fernspr.-Abtlg. 622, gef. 20. 4. 18 Remmelberg

Zühlke, Paul, Off. Art.-Regt. 100, gef. 25. 11. 17
Cambrai

Zühlke, Max, Off. Art.-Regt. 103, gef. 8. 11. 18 Ralscher

Zühlke, Erich, Off. Art.-Regt. 24, gef. 28. 7. 18 Rosigwar

Zühlke, Paul, Off. Art.-Regt. 102, gef. 4. 8. 17 Sidorow

Zühlke, Adolf, Oesterreicher, unbekannt

Zühlke, Joh., Oesterreicher, unbekannt

Bei Stellung dieses Antrages ist die Protokollkarte mit vorzulegen. Dabei ist ferner der Nachweis über das Alter der Kinder bis zu 4 Jahren durch Vorlegung von Urkunden (Geburtschein, Taufschein, Familienstammbuch und dergl.) zu führen.

Dabei machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß in jedem einzelnen Falle vor Ausübung der Wochenkartoffelarten eine Revision der Räume des Antragstellers vorgenommen werden wird. Anträge von solchen, die im Besitze von Kartoffeln sind, sind deshalb völlig amflos.

Die den Händlern in nächster Zeit durch die Stadt anzuweisenden Kartoffeln dürfen nur gegen Wochenkartoffelarten abgegeben werden. Käufer wie Händler werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. erfaßt bis zu 14 Tagen Haft bestraft, wenn sie stadtseitig vermittelte Kartoffeln ohne Kartoffelkarte entnehmen beim Abgeben.

Der Tag der Ausgabe der Wochenkartoffelarten wird nach Abschluß der Revisionen in den Räumen der Antragsteller noch bekanntgegeben werden.

Alle Einwohner, die sich mit Kartoffeln eingedeckt haben, ersuchen wir dringend, recht sparsam mit den Kartoffeln umzugehen, da wir nach Lage der Verhältnisse nicht in der Lage sind, weitere Mengen Kartoffeln zu verforgen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 22. November 1920.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder für die Volksschulen zu Riesa.

Alters 1921 werden alle Kinder schulpflichtig, die bis dahin das 6. Lebensjahr vollenden. Außerdem ist auf besonderen Wunsch der Eltern die Aufnahme von Kindern zulässig, die bis einschl. 30. Juni 1921 das 6. Lebensjahr erfüllen. Die Anmeldung der Kinder, die in eine der hiesigen Volksschulen aufnehmen sind, hat persönlich durch die Eltern oder Pfleger bei den Unterzeichneten zu erfolgen.

Zeit und Ort der Anmeldung wird noch bekanntgegeben. Es wird aber schon jetzt auf folgende Vorschriften hinzuweisen:

- Bei der Anmeldung sind vorzulegen:
 - a) der Taufschein jedes anzumeldenden Kindes,
 - b) die handelsamtliche Geburtsurkunde der anzumeldenden Kinder, die nicht in Riesa geboren sind,
 - c) die Taufbescheinigung sämtlicher anzumeldenden Kinder röm. katholischen Bekenntnisses und aller anzumeldenden Kinder, die nicht in Riesa getauft worden sind.

Kinder, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht in eine öffentliche Schule aufgenommen werden können, und solche, deren Aufnahme wegen Gebrechlichkeit, Kranklichkeit oder geistiger Unreife aufgeschoben werden soll, sind unter Vorbringung eines ärztlichen Zeugnisses zu melden.

Riesa, den 20. November 1920.

Die Leiter der Volksschulen.

Dankwärt. Frickhe.

Öffentliche Gemeinderatssitzung Dienstag, 23. November 1920, abends 8 Uhr im Gasthof Seidenberg. Tagesordnung hängt aus.

Weida bei Riesa, am 22. November 1920.

Der Gemeinderat.

Pflichtfeuerwehrdienst 1921 betr.

Das Verzeichnis der pflichtfeuerwehrdienstpflichtigen Mannschaften (das sind alle männlichen Einwohner von 25—32 Jahren) liegt von heute ab eine Woche lang für die Beteiligten zur Einsichtnahme im Gemeindeamt aus.

Weida bei Riesa, am 22. November 1920.

Der Gemeindevorstand.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Dorfstraße in Glauchitz liegt beim Postamt Riesa vom 29. November ab 4 Wochen aus. Dresden-R. 6., den 20. November 1920. Telegraphenbauamt Weissen.

Unter gefenken Fahnen wehte hierauf Herr Dorf. Hugo die beiden Fahnen zur Ehre der tapferen Helden, zum Gedächtnis für das letzte Geschlecht, zur Mahnung für kommende Generationen. „Seid getreu bis an den Tod“, mit diesem Mahnruf schloß Herr Hugo seine Ansprache. — Im Anschluß an den Weidest hat Frau Helene Zeigler „Seid getreu bis an den Tod“, am Harmonium von Herrn J. Schönebaum begleitet. In feierlicher Andacht nahmen die Anwesenden diese herrliche Sendung entgegen. — Die Gedächtnisrede hatte in liebenswürdiger Weise Herr Pastor Beck übernommen. Er knüpfte seine Rede an Körners Worte an:

„Doch steht du dann, mein Volk, bekränzt vom Glücke
In deiner Vorseit heiligem Siegersglanze,
Verlaß die treuen Toten nicht und schmäde:
Auch unsere Urne mit dem Eichenranke.“

Wir haben die Freiheitskämpfer nicht vergessen, wir gedenken in Dankbarkeit auch der Hämmer, die vor 50 Jahren auf den Schlachtfeldern Frankreichs vom Kriegsschicksal getroffen worden sind. — Wie sollten wir die vergessen, die uns treue Angehörige, liebe Freunde, gute Kameraden gewesen sind, mit denen zusammen wir heitere, frohe Stunden, Zeiten des Glückes und Zeiten ernster Arbeit und gemeinamen Strebens verlebt haben, wie sollten wir die vergessen, die von den Stürmen dieses grauenvollen Weltkrieges von unserer Seite hinweggerissen worden sind, deren Leiber begraben ruhen — verstreut auf der weiten Erde, nur wenige im Boden der Heimat. — Wir gedenken ihrer auch heute in dieser ersten und wehmütigen Feier. — Freilich von uns gilt nicht, was Theodor Körner einst sang: „Doch steht du dann, mein Volk, bekränzt vom Glücke“ — wir stehen da bebend unter der Last eines namenlosen Unglückes. Verleumdet, beschimpft, entkräftet, hineingestochen in Hunger und Entbehrung, unter den vier Jahre lang währenden Anstürmen einer aus allen Quellen dieser Erde schöpfenden Uebermacht sind wir zusammengebrochen. Und das ist keine Schande. Dieser ungeheuren Uebermacht zu unterliegen, ist eine Ehre, größer als die Ehre, deren sich unsere Feinde rühmen. — Die Weltgeschichte wird einmal gerecht urteilen. — Gewiß, jetzt ist unser Volk tief gefallen, aber während des Krieges hat es geleistet, was es leisten konnte. Mit Dankbarkeit und Ehrfurcht wird die Nachwelt besonders der Gefallenen gedenken. — Der Redner sprach dann eingehend von den Gefallenen der beiden Riesner Turnvereine und wies hin auch auf den heiligen Schmerz der Hinterbliebenen. — Schmerz und Trauer aller sollten wir ertragen im Hinblick auf den Ewigen, gemildert von dem Geiste, der uns an den Gräbern bekennen läßt: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt.“ — Dieser Geist beist uns bingehen und nicht verzweifeln, sondern arbeiten und aufhalten. Dieser Geist soll auch die deutsche Turnerschaft befeelen, daß sie treu bleibe ihren Idealen, von denen schon so viel Segen in unser Volk ausgegangen ist. —

Das sei der beste Dank, den wir den Gefallenen abtun können. — Verlassen werden wir sie nie. Ihre Namen sind in unsere Herzen geschrieben mit goldenen Letztern der Liebe, Treue und Kameradschaftlichkeit. Kommen die Geschlechter aber auch die Gedächtnistafeln gewidmet. Nachkommen werden vor diesen Tafeln stehen. Dann werden ihnen diese Namen sagen, was unser Geschlecht erduldet und gelitten, wie es in diesem Weltkriege geweint und geblutet hat in der Erfüllung einer Aufgabe, die das Maß menschlicher Kräfte weit überstieg, unter deren Wucht es zusammenbrechen mußte. — Mit dem Weiswort der Bibel: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben“ schloß der Redner seine Gedächtnisrede.

Ergreifend sang hieran anschließend das Doppelanerkennend „Neben den Sternen wohnt Gottes Friede.“ — Hiermit endete die erhabene Feier. Mit dem Geleitwort an die Gefallenen: „Wollen wir unserer Toten in Treue gedenken für alle Zukunft, verbleiben die Anwesenden die turnerische Grotte.“

Die beiden Ehrenpatronen, die von einem Mitgliede des 2. Regiments, Herrn Arthur Trost, entwickelt, entwickelt worden sind, fanden in ihrer schmuckvollen, künstlerischen Ausgestaltung ihren dauernden Platz in deren Turnhalle. Mögen sie diesen Ehrenplatz für alle Zeiten behaupten. — am.

Verliches und Sächliches.

Mies, den 22. November 1920.

— **Öffentliche Sitzung des Stadterordneten-Kollektivs zu Mies am Dienstag, den 22. November 1920, nachmittags 5 Uhr. Tagesordnung:** 1. Grundständige Entschädigung betr. Errichtung eines Kaufmanns- und Gewerbeerichts. 2. Herabsetzung von Punkt 3 Absatz 2 des 4. Nachtrags zur Ortschulordnung. 3. Genehmigung zur Veränderung der Benennung des früheren Erwerbsplanes Göttele. Berichterstatter: Herr Stadtv. Maier. 4. Erhöhung der Unterhaltszuschüsse an Erwerbslose. Berichterstatter Herr Stadtv. Schönfuß. 5. Ratsbeschluss betr. Unterhaltung der Arbeitslosenzustellen. 6. Erhöhung der Gebühren für die Heimstätten. 7. Hausliche Veränderungen im Verwaltungsbereich der Gasanstalt und Bewilligung von 3000 M. hierzu. Berichterstatter: Herr Stadtv. Müller. 8. Reparaturarbeiten im Verfall des Rittergutes und Bewilligung von 14000 M. hierzu. Berichterstatter: Herr Stadtv. Maier. 9. Bewilligung einer eigenen Verordnungsgebung für die Rittersgutökonomie. Berichterstatter: Herr Stadtv. Maier. 10. Feuerlöscherordnung. 11. Erhaltungsbauarbeiten für die gemischten Ausschüsse. — **Nichtöffentliche Sitzung.**

— Der engerer Ernährungs-Ausschuss des Kommunalverbandes Großenhain hielt am Donnerstag unter Vorsitz des Herrn Geh. Reg.-Rat Dr. Uhlmann in der Amtshauptmannschaft Großenhain eine Sitzung ab. Zur Prot. und Nebenberatung wurde beschlossen, vorläufig gegen Ende November oder Anfang Dezember 250 Gramm Roggenmehl auf den Kopf der braverforrausberechtigten Bevölkerung zu verteilen, das Gewicht des Weizenkleingebäcks hat der Streckung mit Mais- oder Hafermehl, von 80 auf 70 Gramm herabzusetzen. Die Streckung des Brotes wird von 20 auf 15 Prozent herabgesetzt. Von einer Anordnung des Ministeriums, 5 Prozent des Mehl-Gesamtabbedarfs des Kommunalverbandes zurückzulegen als Reserve für die Zuschüsse, wurde Kenntnis genommen. Beim Landeslebensmittelamt sollen Vorkstellungen dahingehend erhoben werden, daß diese Erparnis nicht in Körnern, sondern in Mehl geliefert werden kann, damit die an sich schon niedrige Beschäftigung der Mühlen nicht noch mehr herabgemindert wird und weiter die Meie dem Kommunalverband erhalten bleibt. Von der Einführung einer Vorkaufskarte für Minderbrennstoffe wird für den Kommunalverband abgesehen. Von der Ministerialverordnung, den Abbau der Nährmittelmangelbewältigung betreffend, wird Kenntnis genommen. Eine Anregung, die Butter nach Gewicht auszuweisen, kann nicht entsprochen werden, weil dies eine Verteuerung der Butter unumgänglich mit sich bringen und die gesamte Verteilung an die Butterabgabestellen ungemein erschweren würde. Hinsichtlich des noch vorhandenen Bestandes an bunten Bohnen wurde beschlossen, diese mit Rücksicht auf die schwierige Kartoffelversorgung als Reserve für die Wintermonate zurückzubehalten, aber deren Lagerung in den Verteilungstellen nachprüfen zu lassen, damit dort keine Verluste entstehen. Eine längere Aussprache entstand über die vielfachen, unausgesehenen Bemühungen des aus Erzeugern und Verbrauchern eingeleiteten Kartoffelausschusses, in der Reichs-Kartoffelstelle und der Landes-Kartoffelstelle die Freigabe der von den Landwirten für Minderbrennstoffe bestimmten Kartoffeln von den Lieferungsverträgen zu erhalten, damit diese an die Verbraucher im Kommunalverband abgegeben werden können. 31000 Zentner Kartoffeln — eine verhältnismäßig große Menge, wozu noch kommt, daß vielfach schon viel Kartoffeln vom Felde weg verkauft worden sind und sich dadurch die freien Kartoffeln sehr vermindern, sind von den Landwirten des Bezirks als Vertrags-Kartoffeln abgerechnet worden. 39000 Zentner sollen die Landwirte für Minderbrennstoffe liefern, davon 7,5 zum Preise von 18 M., 22,5 zum Preise von 20 M. Diese zu liefern sind die Landwirte nicht in der Lage, wenn nicht die Freigabe dieser Kartoffeln von den Verträgen erfolgt. Alle bisherigen Bemühungen, selbst persönliche Vorstellungen einer Kommission in der Landes- und Reichs-Kartoffelstelle, sind ohne Erfolg geblieben. Sobald die Freigabe erreicht ist, werden auch die Kartoffeln zu dem billigen Preise geliefert. Es wurde beschlossen, unter eingehender Begründung nochmals bei der Landes-Kartoffelstelle wegen Freigabe der Kartoffeln vorzulegen zu werden, damit die Lieferung baldigt durch die Landwirte erfolgen kann, die sofort zur Abgabe von Kartoffeln für die Minderbrennstoffen bereit sind, wenn ihnen diese Mengen auf die „Vertrags-Kartoffeln“ angerechnet werden.

— **Wom Totensonntag.** Ein bedeckter Himmel und während des ganzen Tages anhaltender Frost gaben dem gefrigen Totensonntag auch äußerlich ein Gepräge, das dem Ernst des Tages angepaßt war. Der Friedhof zeigte in den Nachmittagstunden das übliche belebte Bild. Der Besuch am Grabe senkte Tröst und Frieden in manches bekümmerte Herz. Die Helmstätten der Toten waren reich geschmückt mit sinnigen Blumenpendeln, den sichtbareren Zeichen unserer Liebe, die immer aufhört, die mächtigere ist als der Tod. Auch am Krieger-Kreuz war schöner Blumenschmuck niedergelegt worden. Die Frau, Gattin des Leutenants, legte am Grabe ihres Kameraden Albert Knauth einen Kranz nieder.

— **Einbahn.** Der starke Frost der letzten Nächte hat die Herstellung der Eisenbahn hinter der Klosterkirche ermöglicht. Den Freunden des Eisports wird diese Nachricht sicher willkommen sein.

— **Die Kaninchenbau im Schälenhaus** hatte sich eines großen Besuches zu erfreuen. Über 1000 Eintrittskarten sind verkauft worden. Am nächsten war der Andrang Sonntag nachmittag. Freilich werden viele der sonst so lustig und munter in ihren Käfigen umher springenden Tierchen in der Gegenwart vieler Menschen ängstlich und blicken sich still in die äußerste Ecke. Wer keine Kaninchen hält und kennt, bekommt dann ein falsches Bild. So sind die ruhigen Morgenstunden vortrefflicher zum Besuch derartiger Ausstellungen. Bei den großen Anstößen, die eine solche Ausstellung macht, man denke nur an Gräde für Tiere und Käfige, Fühlrohre, Futter, Druck-

tolken, ist zu hoffen, daß der noch keine Rieser Jägerverein wenigstens auf seine Kosten kommt. Seine Mitglieder tragen eigene Opfer an Zeit, Mühe, Verdienstleistung gern, da sie ihren Zweck, zur Ausbreitung und Förderung der Kaninchenzucht beizutragen zu haben, erfüllt sehen. Der Umsatz in Käfigen war flott.

— **Wochen-Dumbröck.** Ein Stückenkaufspiel in 6 Akten von O. L. Wanner. Obwohl das Stück bereits vor etwa 100 Jahren erschienen ist, wirkt es doch noch heute zeitgemäß. Das Mädchenideal, das es uns vor Augen führt, mutet an wie eine Epilode unserer Tage. Ware nicht der Unterschied zwischen der Herkunft der heutigen Dichter und dem mutigen Draufgänger Wagner, der in dem Stück eine solche, fräftige Rolle vorlegt, so groß, man könnte oftmals auch meinen, einen unserer modernen Dichter am Werke zu sehen. Der Inhalt des Stückes ist kurz folgender: Ein adeliger Leutnant ragt einer Bäuerntochter die Ehe vor. Der Leutnant hat der Beweihrunden die Ehe verprochen, er will den Soldatenstand aufgeben, um die väterlichen Güter zu bewirtschaften. Durch den gefälligen Brief eines Kameraden wird aber der Glaube des Mädchens an sein eheliches Streben erschüttert, außerdem verzögert Krankheit die rechtzeitige Einlösung des Versprechens. Inzwischen ist das Mädchen unter dem Druck ihres Geheimnisses vor den Eltern heimlich zuflüchten und kurz bevor ein heiliger Verwandter es vor diesen enthüllt, aus dem Elternhause entflohen. In der Begleitung einer Waise wird die Bekannte Mutter. Erst zuletzt, als schon die Verlobung des Mädchens gepakt hat, wirt ihrem alternden Herzen der Frieden. Der Vater verzicht der Gefallenen, und der Leutnant kehrt zurück, um sein Ehreversprechen einzulösen. Das Stück hat keine Spuren noch in der längsten Zeit, in Hauptmanns „Rote Bernd“, hinterlassen. Sein stilles Wert und seine Bedeutung sind in die Augen springend. Der Verfasser hat Kritik an damaligen sozialen Zuständen, er kämpft gegen die damalige moralische Verfallsstimmung, er will die Aufmerksamkeit auf die Forderungen der Gegenwart lenken, einer Gegenwart, die in vielen der unseren gleicht. Da er durch Beispiele die Abkehr vom Sittenverfall bewirken will, gibt er im ersten Akt die Szene aus dem Freudenhaus. Ueberhaupt ist ein charakteristischer Zug der Handlung das Bestreben, Mittel und Wege der zeitlichen Erziehung zu weisen. Die Jugend darf nicht so lange im Dunkeln tapen. Auf ihre höchsten Stufen erhebt sich die Handlung, als in dem Verhältnis von Ecken die Einsicht von der Rettung der Menschheit durch ritterliches Handeln die Oberhand behält und er allen Verleumdungen in der Standesvorurteil besangenen Offizierskammeraden mutig widersteht. Die Aufführung durch das Mächtige Ensemble war ausgezeichnet. Sulek Richter verkörperte die Titelrolle in Auffassung und Durchführung gleich gut. Die Tragik der Rolle wuhte sie ergreifend darzustellen. Sehr anspendend gab Christian Richter den Ura. v. Grünwald. Fr. Lehmg a. G. bot als Vater Dumbröck eine vollendete Leistung. Die Rolle des Kapitäns lag bei Theo Denow in besten Händen. Woll Anerkennung verdient sich auch Eise Richter als Frau Dumbröck. Die Darstellung der Nebenrollen der Waise, der Dirne Marlene, des Ura. v. Ostenpott und des Fiskus lagte sich angemessen in das Gesamtspiel ein. Die Kostümierung wurde den Anforderungen gerecht, und auch auf die Bühnenaufstattung war sichtlich viel Mühe verwendet worden. Der spendende lebhaft Beifall war dabei in jeder Hinsicht wohlverdient. Der „Stier“-Saal war gut besetzt. Der Eindruck des Abends wurde getrübt durch die starke Unruhe unter den Zuschauern. Hoffen wir, daß er bei vielen trotzdem stark genug war, um nachhaltig zu sein.

— **Vortragsabend des Gewerbevereins.** Es sei auch an dieser Stelle nochmals auf den Vortragsabend hingewiesen, den der Gewerbe-Verein nächsten Donnerstag, den 25. November, abends 8 Uhr im Hotel Söpnner, Vereinszimmer, abhält. Das Thema lautet: „Heimatschutz und Schutz unserer Heimat“, zu dem über 120 Teilnehmer aus Mies, der Desbarre Gegend, sowie anderen Landteilen Sachverständige vorgeladet werden. Wie wichtig die kulturelle Tätigkeit des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz für unsere Heimat ist, dürfte wohl allen bekannt sein, und es ist daher zu wünschen, daß der Vortrag recht zahlreich besucht wird, zumal auch Nichtmitglieder des Gewerbe-Vereins freien Zutritt haben.

— **Der Deutsche Offizier-Bund** zählt zu seinen wichtigsten Aufgaben, die Belange der kriegsbeschädigten und kriegsruhierten Mitglieder bei den amtlichen Ämtern zu vertreten. Er ist vom Reich als Interessensvertretung der Offiziere und Offiziers-Anwärter, insbesondere der kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ausdrücklich anerkannt. Mitglieder können werden: aktive Offiziere des Landheeres und der Marine, Offiziere des ehemaligen Wehrdienstes des Landes und der Marine, Offiziere der Schutztruppe, Sanitäts-, Veterinär-, Feuerwerks-, Berg- und Festungsbeamten und zwar von den zuletzt genannten Klassen sowohl des aktiven, inaktiven und Wehrdienstes, ferner weibliche Angehörige der vorgenannten Gruppen, bzw. deren Hinterbliebene. Die Ortsgruppe Mies des Deutschen Offizier-Bundes bittet alle kriegsbeschädigten und kriegsruhierten Mitglieder der Ortsgruppe der oben angeführten Berufsgruppen, ihre Anschriften, soweit es noch nicht geschehen ist, umgehend in der Geschäftsstelle Bismarckstraße 42, Erdgeschoss, anzugeben.

— **Der Religionsunterricht in den sächsischen Schulen.** In dem Streit zwischen der Reichsregierung und dem Freistaat Sachsen über die Frage der Erteilung von Religionsunterricht an den Volksschulen ist die Entscheidung des Reichsgerichts dahin ergangen, daß die Bestimmung des sächsischen Übergangsgesetzes vom 22. Juli 1920, wonach vom 1. April 1921 an in den sächsischen Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorschriften der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Das Reichsgericht führt diese Entscheidung auf die Vorschriften des Artikels 149 der Reichsverfassung, wonach Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ist. Volksschulen seien nach Artikel 146 Absatz 2 nur in den dort behandelten Ausnahmefällen als bekenntnisfreie Schulen zugelassen. In ihnen müsse daher grundsätzlich Religionsunterricht erteilt werden. Die Bestimmung des Artikels 174, daß es bis zum Erlaß des in Artikel 146 Absatz 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bei der bestehenden Rechtslage verbleiben soll, beschränke sich nach Vorlaut, Zusammenhang und Entstehungsgeschichte nur auf Artikel 146 Absatz 2, ordne also das einseitige Fortbestehen an den sächsischen bekenntnisfreien Schulen an, die auf Grund der landesgesetzlichen Vorschriften neben der für die Volksschulen vorgeschriebenen Regel vom Gemeinheitsgesetz mit Religionsunterricht in einzelnen Gemeinden als besondere Ausnahmefälle beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bestanden hätten. Wo der Religionsunterricht an den Volksschulen grundsätzlich aufhört, handle es sich nicht um eine unter Artikel 174 fallende Rechtslage. Am überlegen sei an dem Tage des Inkrafttretens der Reichsverfassung in Sachsen bestehende Rechtslage die anzusehen, daß Religionsunterricht an den Volksschulen erteilt werden mußte. Da Artikel 174 die Fortdauer der bestehenden Rechtslage vorschreibe, sei damit die Bestimmung des sächsischen Übergangsgesetzes, nach der für die Zeit vom 1. April 1921 an eine Änderung dieser Rechtslage habe eintreten sollen, außer Kraft gesetzt wor-

den. In gleicher Weise hat das Reichsgericht auch die Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg und Bremen, durch welche der Wegfall des Religionsunterrichts in allen staatlichen Schulen vom Januar 1919 ab angeordnet ist, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt. Da nach Artikel 13 der Reichsverfassung Reichsrecht Landesrecht bricht, so steht durch die mit Gesetzeskraft ausgestattete Entscheidung des Reichsgerichts endgültig fest, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen von Sachsen, Hamburg und Bremen über die zeitliche Abschaffung des Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ihrer Wirksamkeit verlustig sind, und daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Artikel 149 in der Reichsverfassung eingeführt oder aufrecht erhalten werden muß.

— **Die Einberufung des sächsischen Landtages.** Das Gesamtministerium hat den neuen Landtag für Dienstag, den 7. Dezember einberufen.

— **Schlusssitzung für den Viehhandelsverband.** In 8 der Bundesratsverordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit sind im allgemeinen Schlusssitzung für den Viehhandelsverband vorgeschrieben. Bis zum 31. Dezember sind neben den Schlusssitzungen, welche von der Bundesrat der Wilhelm und Bertha von Bausch-Stiftung in Dresden, Raisenhausstraße 34, zu besuchen sind, auch die vom Viehhandelsverband in Leipzig, Georgiring 9, ausgearbeiteten Schlusssitzungen aufzufassen. Wiederholt haben Angehörige der beteiligten Berufsstände, z. B. Händler und Fleischer, behauptet, daß sie insbesondere beim Viehhandelsverbände keine Schlusssitzungen hätten erhalten können. Der Viehhandelsverband hat daraufhin mitgeteilt, daß bei ihm Schlusssitzungen noch in großen Mengen vorhanden sind und jederzeit auf Antrag sofort abgegeben werden können. Die oben erwähnte Ausrede kann also die Beteiligten nicht vor Bestrafung schützen.

— **Landgericht Dresden.** Der Kasselle Erwin Otto Willi Schlaugat, vorbestraft, geboren 1900 in Hamburg, mußte sich wegen schweren Diebstahls vor der fünften Strafkammer verantworten. Der Angeklagte wurde nach dem Ergebnis einer vollständigen Beweisnahme für überführt angesehen, daß er am 6. Juni in Heide bei Mies in zwei Wohnungen eingedrungen und dort je einen Arbeiter und eine Arbeiterin in äußerst raffinierter Weise bestohlen hatte. So entwendete der Angeklagte dem Arbeiter Jerschke seine gesamten Ersparnisse in Höhe von 600 Mark Bargeld und ein Sparbuch mit 1350 Mark Einlage, der Arbeiterin Frau Schlaugat gleichfalls einen Barbetrag und verschiedene Sachen. Der Angeklagte leistete ganz hartnäckig die Diebstahls- und behauptete, das Sparbuch habe er auf der Landstraße von einem Unbekannten zur Abhebung eines Geldbetrages erhalten. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

— **Arbeitsstreckung und Gehaltssteigerung.** Auf eine Anfrage, wann bei Verkürzung der Arbeitszeit eine Gehaltssteigerung eintreten darf, hat der Reichsarbeitsminister am 15. Oktober 1920 folgenden Bescheid erteilt: Der Sinn der Bestimmung des § 12 Absatz 2 der Verordnung vom 12. Februar 1920 geht dahin, daß dem Arbeitnehmer die Weiterbeschäftigung mit verhältnismäßig höherem Lohn oder Gehalt eines Zeitraumes zugunsten werden darf, welcher der vertraglichen oder nach den Umständen zu erwarten ist und gänzlich gleichkommt. Hierdurch soll der Arbeitnehmer in der Lage verbleiben, sich rechtzeitig darüber zu entscheiden, ob er die Weiterbeschäftigung mit verhältnismäßig höherem Lohn oder Gehalt oder die Kündigung des Arbeitsverhältnisses vorzieht. Wenn also der Arbeitgeber den betreffenden Arbeitnehmern die bevorstehende Streckung der Arbeit so rechtzeitig mitteilt, daß die vertragliche oder nach allgemeinen Verhältnissen zu erwartende Gehaltssteigerung gewahrt ist, so ist der Arbeitnehmer nach Ablauf dieser Frist, gegebenenfalls also bereits bei Beginn der Arbeitsstreckung bei verkürzter Arbeitszeit nur den entsprechenden verkürzten Lohn oder das verkürzte Gehalt zu fordern berechtigt.

— **Schule und Kohlennot.** Der Reichs-Kohlen-Kommissar hat angeordnet, daß die Schulen hinsichtlich der Verteilung von Kohle als Lebensnotwendige Güter abgesehen sind, soweit die Allgemeinheit durch örtliche Verhältnisse unter dieser Annahme nicht zu sehr leidet. Dadurch sollen die Mütterlichen möglichst vermindert und die Gesundheit der Schüler geschützt werden.

— **Raderau.** Bericht über die Gemeinberats-Sitzung am 19. November 1920. 1. Es wurde beschlossen, dem zu gründenden Ackerverband für Beschaffung von Wohnungen im Lager Leitbain beizutreten. 2. In die Kommission zur Beschaffung von Wohnungen wurden gewählt die Herren Leichert und Grabs, als Vorsitzender Herr Zimmermann. — Das Herausgehen des Abfallwagens auf die Straße und in das Schuttgerinne soll verboten und das Verbot durch Anschlag bekannt gemacht werden. Zuwiderhandelnde werden mit 20 Mark bestraft. Betreffs der fortwährenden Lichtstörungen sollen Entzündungen eingeschlossen werden.

— **Erdbel.** Am Sonnabendabend war in der neunten Stunde im Saalgebäude des hiesigen Gasthofs, wobern durch einen überhitzten Ofen, Feuer ausgebrochen. Mehrere Sparren des Dachstuhls hatten bereits in hellen Flammen. Durch das rasch entzündete taugliche Eingreifen ein ger. Rittgeut- und Dorfbewohner konnte mit Hilfe der schnell herbeigerufenen Dorfbreite das Feuer vor sich greifende Gefahr halb gelöscht und in der Gasthof und die benachbarten Wohnhäuser vor einem größeren Brandschaden gerettet werden. Aus der Nachbarhaft war noch die Rindvieh-Flückfeuerwehr erschienen, bei deren Eintreffen der Brand aber bereits gelöscht war.

— **Großenhain.** Auf dem Wochenmarkt am Sonnabend stellten sich die Preise wie folgt: Kefel, das Pfund 60—100 Pf.; Rabelau, das Kilo 220 Mark; Karotten, das Pfund 25 Pf.; Rosenkohl, das Pfund 1,50 Mark; Kohlrabi, der Kopf 1—1,5 Pf.; Wollkraut, Kestiges, das Pfund 35 Pf.; Weiskraut, Kestiges, das Pfund 20 Pf.; Weiskraut, das Pfund 25 Pf.; Mören, das Pfund 15 Pf.; Bierrettich, das Stück 6—15 Pf.; Sellerie, das Pfund 70 Pf.; Zwiebeln, das Pfund 1 Mark.

— **Kohren.** Ein heftiger Geschichtchen wird von hier berichtet: In gewaltiger Aufregung wurde der Gahmist H. G. in R. bei Kohren verhaftet; er vermutete früh 5 Uhr nämlich Eindrehen bei der Arbeit in seinem Grundhau. Es wurden sofort Leute herbeigerufen, die mit Gewehren die Vorgänge und Fenster besetzten. Aber wech fröhliches Geschick machte der — Jagenbock, als er seinen Herrn sah. Geheures hatte eine Falle für Motten aufgestellt, in die der Bock geraten war und nun mächtig schrie.

— **Hausen.** Ein Raubmord wurde in Buchenwalde bei Wittichenau an dem Bauer Krommolt verübt. Das Haus ging in Flammen auf. Man fand die Leiche unter den Trümmern. Er hatte seinen Besitz verkauft, und das Geld bei sich zu Hause aufbewahrt. Bei seiner Tochter wandelte einbrecher vor einigen Tagen 4000 Mark geraubt.

— **Jittau.** Wie aus Weidenberg gemeldet wird, haben der akademische Senat und die Vertreter der Studentenchaft der Universität Prag gegen die Stimme eines Senats infolge der letzten Vorgänge in Prag die Verlegung der Prager Deutschen Hochschule nach Deutsch-Böhmen beschlossen und Weidenberg dafür in Aussicht genommen. Dort haben sich bereits viele vertriebene Prager Studenten eingefunden, die gestern vormittag eine öffentliche Versammlung abhielten.

Rittau. Ein betrübendes Ergebnis hat eine in letzter Zeit durchgeführte Untersuchung von 10822 Schulkindern des amtshauptmannschaftlichen Bezirks Rittau ergeben: Nur 22 Prozent (2333) dieser Kinder konnten als ausreichend oder nahezu ausreichend ernährt angesehen werden. 38 Prozent (4040) waren leicht und 34 Prozent (3650) ausgesprochen unterernährt.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

Donnerstag, den 18. November 1920, vormittags.
In dieser unter Vorsitz und Leitung des Herrn Geh. Regierungsrat Amtshauptmann Dr. Uhlemann stehenden Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Kreuzfuß genehmigt wurde von Mittellungen des Herrn Vorsitzenden, von der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 8. Oktober 1920 — Nr. 2809 II O —, Gewährung von Darlehen an die Gemeinden betr., von der Verordnung über Bestellung der Gemeindebeamten.

Gemeinschaft fanden das Gesetz des Alfred Raumann in Haderburg um Genehmigung zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus im Grundstück Ortel, Nr. 187 für Haderburg — Hebrtragung —, das Gesetz des Paul Richter in Gröba um Erlaubnis zum Handel mit Spirituosen in geschlossenen Gebäuden im Grundstück Ortel, Nr. 48 I. für Gröba — neu, wiederholt —, die Nachträge zu den Ortsverträgen über die Wahlen von Gemeindevertretern in den Gemeinden Brodowiz, Stha, Bohlitz, Tauscha, Rottewitz, Bielechen, Schweinitz, Laubach, Merzdorf, Raubdorf b. Gr., Striechen, Altdorf, Boberden, Münderitz, Cunnersdorf, Weida, Marsdorf, Soud, Röhla, Kitzsch, Stäbchen, Goldbach, Wildenhain, Buda, Schöndorf, Weigitz b. Gr., Kalkreuth, Colmzig, Weiersdorf, Celsig, Koppitz, Zöschgen, Zehnshausen, Hshalten, Leutenich, Fohleren, Wehlener, Grohschütz, Wühlitz, Celsig, der Nachtrag zur Gemeindeverordnungsverordnung für Röhla, der Nachtrag zum Ortsstatut der Gemeinde Colmzig, Erhöhung des Gemeindevorstandesgebälts betr., die Erhöhung des Gehalts des Standesbeamten in Frauenhain, die Erhöhung der Entschädigung des Standesbeamten in Glaubitz und der VI. Nachtrag zur Gemeindeverordnungsverordnung der Stadtgemeinde Haderburg, zugleich die Abänderung des V. Nachtrags.

Bedienungswise Genehmigung fanden die Abtrennung vom Grundstück Bl. 14 für Raumann und die Abtrennung vom Grundstück Bl. 51 für Sada.

Einverständnis war der Bezirksausschuss mit den Vorschlägen über die Stellungnahme zum Verkauf des Referendarates Zeilman, sowie mit der geplanten Aufnahme langfristiger Darlehen für die Gemeinde. Angekommen wurde der Vorschlag der Amtsdauer der Besitzer des Vieleinigungsamts.

Wit den Beschlüssen des Ernährungsausschusses bezüglich der Brot- und Viehfürsorge erklärte sich der Bezirksausschuss einverstanden. Es handelt sich um a) Verteilung von Roggenmehl, b) Herabsetzung der Preise für Weizenklein- gebäck, c) Streckung des Brotes und Kleingebäcks, d) Einschränkung des Weizenmehlverbrauchs.

Bevollmächtigt wurden bis zu 1000 Mark zur Weibschäfts- bedienung im Bezirksfriedhofbau und 900 Mark der Schlachtt- stätte Herrmann-Haderburg als Baukosten-Rückzahlung, ohne einen Anspruch hierauf anzuerkennen.

Sonntagsruhe im Photograbengewerbe betr., wurde beschlossen, die Zeit von 1/12—1/4 Uhr festzusetzen. Die Hilfsarbeiterstelle im Bezirksarbeitsnachweis, Nebenstelle Weida, wurde dem Bewerber Meinel übertragen. Die alten Langhaare sollen zunächst aufgebracht werden, ehe ein Neudruck erfolgt. Bezüglich der Einrichtung einer Kassen- kassette in der Landesbankamt Wrsdorf beschloß der Bezirks- ausschuss, sich gutachtlich dahin zu äußern, daß die Einrich- tung nur durchführbar ist, wenn mehrere Webezirke sich beteiligen. An Stelle des Kaufmanns G. Doms in Großen- hain wurde Kaufmann Feld-Großhain als Mitglied des Ernährungsausschusses gewählt. Bezüglich des Verkaufs des Schmorl'schen Landow Grundstücks in Glaubitz und des Blicher'schen in Landau beschloß man, beim Landesverwalter nochmals vorstellig zu werden.

Abreise wurde das Gesuch des Arthur Schirmer in Glaubitz um Erlaubnis zum Brauntweinhandel im Grundstück Ortel, Nr. 59 b für Glaubitz — neu — und das Gesuch des Wlger'schen Polster um Verteilung der Ausbehalts- berechtigung.

Von der Tagesordnung abgelehnt wurde ein Punkt und in nichtöffentlicher Sitzung zwei Punkte verhandelt.

Die Kartoffellieferungspflicht der Landwirte.

Wir werden gebeten, die nachstehende Veröffent- lichung, die den „Zeits. Neust. Nachr.“ entnommen ist, zu drucken: Immer wieder wird von Leuten, die bei Landwirten wegen der Lieferung ihres Winterkartoffel- bedarfs angefragt haben, darüber gefragt, daß sie die Antwort erhielten, daß sie keine Kartoffeln erhalten könnten, weil die Landwirtschaft zu großen Kartoffellieferungen verpflichtet sei. Das ist in den meisten Fällen nichts weiter als eine Ausrede. Wie weit eine Lieferungs-

pflicht für Kartoffeln auf Seiten der Landwirtschaft besteht, darüber erhalten wir auf eine Erkundigung an aus- wärtiger Stelle folgende authentische Auskunft:

Nach der Reichsverordnung vom 21. Mai 1920 sollte die Sicherstellung des Bedarfs der verordnungsberechtigten Bevölkerung an Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 durch Abzug von privatwirtschaftlichen Lieferungsverträgen mit den Erzeugern erfolgen. Bis zum 1. August 1920 waren zum Abschluß die Lieferungsverträge nur die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bezeich- neten landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften und Ver- einigungen des Kartoffelgroßhandels in den ihnen zuge- wiesenen Bezirken berechtigt. Im Bezirk der Leipziger Amtshauptmannschaft haben die Hauptgenossenschaft des Kartoffelgroßhandels in Berlin und die Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft in Dresden bezügliche Verträge durch ihre Kommissäre abgeschlossen.

Bei der Verteilung der lieferungsberechtigten Mengen auf die einzelnen Erzeuger nach der Reichsverordnung von so- lachendem Maßstabe auszugehen: Als abgabepflich- tige Mindestmenge hat der Erzeuger bei einer Be- triebsgröße von 2—3 Hektar 10 Zentner, von 5—10 Hektar 40 Zentner, von 10—50 Hektar 60 Zentner und von über 50 Hektar 80 Zentner je Hektar der Kartoffelbau- fläche zu liefern.

Bei einer Betriebsgröße von 85 Hektar und einer Herbstkartoffelbaufläche von 20 Hektar hat demnach ein Landwirt 1600 Zentner Kartoffeln sicherzustellen. Bei man den im vorigen Wirtschaftsjahre von der Reichs- kartoffelstelle für den Leipziger Bezirk angenommenen Durch- schnittsertrag von 225 Zentner der Berechnung seiner Gesamtternte zu Grunde, so ergibt sich für diese die Summe von 4000 Zentnern. Nach Abzug der sicherzu- stellenden Menge verbleiben demnach noch 2400 Zentner zur freien Verfügung. Von dieser Menge gehen dann noch die für den eigenen Bedarf benötigten Mengen sowie die tariflich festgesetzten Deputate ab.

Nach dem 1. August war es den Erzeugern gestattet, auch anderweitige Verträge über Kartoffellieferungen abzuschließen, und es werden nach dieser Zeit viel- fach auch Vertragsabschlüsse zwischen Gemeinden und Er- zeugern getätigt worden sein. Auch die hierdurch gebun- denen Mengen sind auf den zur freien Verfügung verbleiben- den Rest in Anrechnung zu bringen. Die Verordnung vom 21. Mai enthielt zwar keinen unmittelbaren Bezug zum Abschluß von Lieferungsverträgen, sie bestimmte aber, falls Lieferungsverträge nicht abgeschlossen waren, daß sie nach obigem Maßstabe errechnete Mindestmenge zu einer späteren Zeit an den Kommunalverband auf dessen Anrech- nung zu liefern sei. Diese Bestimmung wurde später durch die Reichsverordnung vom 15. September 1920, welche die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln be- schloß, aufgehoben. Die Erzeuger sind nunmehr nur ver- pflichtet, ihre mit den obengenannten Genossenschaften ab- geschlossenen Lieferungsverträge zu erfüllen.

Die etwa zwischen einzelnen Gemeinden und Erzeugern nach dem 1. August unmittelbar abgeschlossenen Verträge werden durch die erwähnten Verordnungen nicht berührt.

Bermischtes.

Wenn gibt es milde und wann strenge Winter? Der Win- ter hat ganz plötzlich mit ziemlicher Strenge eingesetzt, und besorgt werden wir die in unserer Zeit der Kohlennot beson- ders wichtige Frage auf, ob er sich diesmal als ein sehr getreuer Herr zeigen wird. Zur Beantwortung dieser Frage sind von der meteorologischen Forschung gewisse An- haltspunkte gegeben, die in der im Verlag von R. Voss zu Bern erschienenen „Wettervorhersage für jedermann“ von Prof. Hermann J. Klein zusammengestellt werden. Am Ein- gehendsten hat sich mit diesem Problem Hellmann beschäftigt, der sich dabei auf Berliner Beobachtungen aus der Zeit von 1719 bis 1884 stützt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß nach einem mäßig warmen Sommer ein mäßig milder Winter zu erwarten ist, während nach einem sehr warmen Sommer am wahrscheinlichsten ein kalter Winter folgt. Auf Grund von Aufzeichnungen, die sich auf fast 200 Jahre erstrecken, kann ge- sagt werden, daß milde Winter fast niemals vereinzelt auf- treten, sondern gruppenweise zu Zweien oder Dreien erschei- nen. Solche milden Winter sind gewöhnlich von langer Dauer; sie beschränken sich nicht auf die Monate Dezember und Januar, sondern setzen schon im November ein und dauern meist noch bis in den Februar, oft sogar bis in den März hin- ein fort. Aus dem frühen Auftreten der Räte dürfen wir also darauf schließen, daß wir in diesem Winter von der Win- terung nicht allzu hart mitgenommen werden. Die Witterung der milden Winter ist in Deutschland in der überwiegenden Zahl feucht und windig, oft stürmisch. Wenn die milderer Monate des Winters, vom November bis Februar, keine allzu große Räte gebracht haben, so sind auch keine strengen und langen Nachwinter im März und April zu erwarten. Doch tritt nach solchen milden Wintern das Frühjahr spät auf, und die Monate April und Mai sind gewöhnlich noch ziemlich kalt. Die häufig aufgeworfene Frage, ob das Klima

vielleicht milde geworden ist, als es früher war, ist schwer zu beantworten. In alten Chroniken werden allzu- häufig so harte Räte angegeben, wie sie heute nicht mehr vorkommen. So soll im Winter 708 auf 704 der Bodensaat und das Schwarze Meer zugefroren sein, ebenso im Jahre 804 das Adriatische Meer um Venedig, jedoch damals Meier und Wagen die Lagunen überschreiten konnten. Aus dem Jahre 1188 wird gemeldet, der Po sein von Kremata bis zu seiner Mündung zugefroren. Aus dem Januar 1422 berichtet man von solcher Räte, daß im nördlichen Frankreich der Essig und Most in den Kellern erstarre, alle Brunnen, sowie die Seige zugefroren waren, ja sogar den Äänen und Gärten die Äähme auf den Äöpfen erstarren. Man tut aber gut, solche Räteangaben vorsichtig aufzunehmen, denn genau ließ sich in diesen Jahrhunderten vor der Erfindung des Thermo- meters die Temperatur nicht feststellen. Die meteorologischen Beobachtungen seit Erfindung des Thermometers ergeben jedenfalls, daß eine wesentliche Veränderung der Winterkälte nicht eingetreten ist. Schwankungen kommen zwar vor, und es ist sicher, daß mehrere Jahre nacheinander kälter und mehr- zere Jahre dann wieder wärmer sind, aber die Temperatur ändert sich doch stets einem gewissen Mittelwerte. Wir besitzen also bekanntlich gegenwärtig in einer Periode der milderen Winter, doch ist damit zu rechnen, daß diese sich bald ihrem Ende nähert und der Winter dann wieder als ein strenger Herr auftritt.

Die Retortkug. Erkauuliche Leistungen weiß eine eng- lische Kugel auf, die auf den Roman Dorothea hört und sich im Besitz eines Gutbesizers in Ribbimünster befindet. Das Tier, das freilich der Abkammerung ist, gab im vergangenen Jahre gegen 6000 Liter Milch und hat diese erkauuliche Leistung in die im Jahre wiederholt. Die Milchmengen, die sie der Menschheit schenkte, belaufen sich also in zwei Jahren auf über 12000 Liter und haben ein Gewicht von mehr als 18 Tonnen. Dorothea schenkte in weniger als sechs Jahren sieben Küblern das Leben und gab in dieser Zeit mehr als 42 Ton- nen Milch.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 22. November 1920.
Schweres Eisenbahnunglück.

*) **Marienwerder.** Heute früh ist auf dem Bahnhof Frauenwalde, der letzten Station vor Marienwerder, der neuinacrate Güterzug 8060 mit dem von Marienwerder kommenden Personenzug 1001 in- sammengefahren. Bis jetzt sollen 40 Personen tot oder schwer verwundet aus den Trümmern gezogen worden sein.

*) **Belegung des Eisenbahnerfreies in Prol.**
*) **Janusbrud.** Im Laufe des heutigen Tages wird des Aufverteiler wieder aufgenommen werden.

Die Tagung des Hauptauschusses des Deutschen Städte- tages.

*) **Wien.** Der Hauptauschuss des Deutschen Städte- tages hat seine Tagung am Sonnabend beendet. Ministerial- rat Dr. Belgert vom Reichsarbeitsministerium erläuterte zu verschiedenen Punkten den Standpunkt der Regierung. Man plane vorläufig ein Zwischenstadium durch Vereingung der gefälligen Arbeiterforderungen, worüber der Minister sich nächstmal bei der Haushaltsberatung äußern werde. Dem Protest des preussischen Städte- tages gegen die fortgeschrittene Abschaffung der Selbstverwaltungsorgane schloß der Deutsche Städte- tag sich einstimmig an.

Eine Rundgebung der deutschen Studenten in Prag.
*) **Prag.** Der Ausschuss der deutschen Studenten ver- öffentlicht eine Rundgebung, in der mitgeteilt wird, insolge der Ereignisse der letzten Woche habe ein Teil der deutschen Studenten Prag verlassen müssen; die übrigen seien aber entschlossen, sich bis zum letzten Augenblick in Prag zu halten. Immerhin sei an ein längeres Verbleiben der deutschen Hochschulen in Prag nicht zu denken.

Italien und die Vorgänge in Griechenland.
*) **Wien.** „Corriere de la Sera“ meldet aus Rom, daß die italienische Regierung sich an einer einseitigen Ein- mündung in griechische Verfassungsfragen ebensowenig be- teiligen werde, wie feinerzeit am Vorgeben Frankreichs und Englands, durch das König Konstantin aus Athen entsetzt wurde.

Spurt.
Wahden. Sportvereine Sonntagsspiele: An. 1. — D.S.G. An. 1. 3:0. Jg. 1. — Spield. Jg. 1. 0:0. 3. Elf — Rähndig 1. 0:1. 2. Elf — Sportclub 10. 1. 1:0. 1. Elf — Sportklub 1. Dresden 2:0. Troh falter Witterung mehr denn 1000 Zuschauer, ausgefallenes Spiel, Sportklub enttäuschte, auch N. S. V. spielte unter leicht gelegter Form, vorzügliches Arbeiten des Torwärters Feinlig. Spielvereinigung 2. — D. S. Wägeln 4:2. Spielver- einigung 4. — Rähndig 3. 0:1.

Archennachrichten.
Mies. Mittwoch 1/8 Uhr Bibelstunde.

Schuld und Sühne.

Original-Roman von Erich Edenstein.

48. Fortsetzung.

Silas Hempel hatte zweimal durch das Zimmer- fachen verurteilt, bei Fräulein Spira vorgelesen zu werden, aber immer den Bescheid erhalten, die Dame liegt noch zu Bett.

Das war natürlich eine Lüge, denn Hempel wußte von Herrn Dreife, daß sie krank auf war. Um acht ließ er sich bei Fräulein Kolbe melden, wurde aber gleichfalls abgewiesen.

Obwohl Dresden und Kollwitz unter Wade Meiten, ein Verlassen des Hotels, ohne daß er sofort verständigt worden wäre, also ausgehollten seien, steigerte sich Hempels Unruhe doch von Minute zu Minute. Warum zum Besuch wurde er nicht vorgelassen — nicht einmal von der Kolbe?

Wahnte die etwas? Aber wie wäre das denkbar? In- zwischen drängte die Zeit. Wenn Fräulein Spira den Schmeißau, für den sie doch Fahrkarte hatte, benützen wollte, mußte sie doch nun bald fort!

Endlich hielt er es nicht länger aus und klopfte ent- schlossen an Johanna Kolbes Tür. Sie würde ihn zwar nicht gleich erkennen, denn er hatte ja seine Verkleidung nicht mehr, aber er wollte ihr alles erklären und dann würde sie selbst am besten begreifen, wie wichtig es für ihre Herrin war, daß er mit ihr sprach.

Aber niemand antwortete auf sein Klopfen. Er rief das Zimmermädchen und schloß sie mit ein paar Heilen hinein. Bestürzt kam sie nach einer Minute zurück.

Die Damen sind fort! Und auf dem Tisch liegt ein Brief für den Herrn Geschäftsführer!

Hempel unterdrückte mit Mühe einen Fluch. Er be- griff nun alles. Auf irgend eine noch unaufgeklärte Weise hatte die Kolbe seine Karte durchgehaut und in ihrer Ent- schuldung sich auf Fräulein Spira's Seite geschlagen — Aber wenn die Damen fort sind, müssen S. e. sie doch fortgehen gesehen haben! wandte er sich ärgertlich an das Zimmermädchen. „Sie waren doch die letzte halbe Stunde hier am Gang beschäftigt, nicht?“

„Gewiß. Aber die Damen habe ich nicht gesehen. Zwei Frauen sind wohl nach rückwärts zur Treppe für die Pflanzanten gegangen, aber das waren sicher nicht die zwei Damen hier von No. 8 und 2. Wie haben eher wie

Bettelweiber aus. Die eine trug einen Korb, die andere eine alte Marktsack. Beide waren dick und schwerfällig, während die Dame und ihre e. Beisitzerin hier doch schlank —

Hempel wußte genug und winkte dem Mädchen zu schweigen.

„Gehen Sie den beiden Herren von No. 14 und 16, sie möchten hierbleiben, bis sie weitere Nachricht erstel- len.“ rief er ihr noch zu und rannte bereits den Korridor hinaus zur rückwärtigen Treppe.

Die Treppe mündete in eine enge Seitengasse. Ein Bild überseute Hempel, daß von den Entflohenen hier keine Spur mehr zu sehen war. Aber das tat nichts. Viel wichtiger war, daß eben eine leere Autobuskarre vor- überfuhr, von der er sich zum Bahnhof bringen lassen konnte.

Ausatmend sank er in die Kissen. Gottlob, er würde wenigstens den Zug noch erreichen —

Johanna Kolbe stand müde von der langen Fahrt am Fenster der großen Halle, die mit Blumen und Kor- mböbeln recht hübsch eingerichtet war und den Bewohnern der Fremdenpension als Lesezimmer dienen sollte.

Ihr war recht schlägig zu Rute. Die fremde Stadt, das fremde Haus, die fremden Menschen, deren Sprache sie nicht verstand, bedrückten sie.

Am liebsten wäre sie gleich zu Bett gegangen und hätte sich mal gründlich ausgeschlafen. Dann würde sie morgen im Sonnenlicht wohl alles freundlicher ange- sehen haben —

Aber eben sah ja ihre Herrin mit Herrn Frey und die beiden hatten sich so viel zu sagen! Und damit sie nicht etwa höre, was sie sich sagten, hatte Fräulein Spira sie einfach hierher geschickt, bis man sie wieder rufen würde.

Wah ja, es war schwer, das Leben! Schon allein zu denken, wie glücklich die beiden oben jetzt über das Wieder- sehen waren, während sie, Johanna, hier so mutterleien- allein —

Rein, sie wollte wirklich nicht mehr an den abscheulichen Dubinger denken!

Herr Frey hatte sie am Bahnhof erwartet und hierher nach der Pension „Willeminke“ gebracht, wo er selbst auch wohnte. Er hatte solche Freude gehabt, als er seine Braut wieder sah — wirklich während. Und sie erst! Ganz wehmütig war Johanna dabei zu Rute geworden. Und ein

schöner Mann war Herr Frey, wenn auch viel älter als Johanna gedacht. Und reden konnte er wie ein Kind, das merkte sie auf der Fahrt vom Bahnhof hierher.

Nicht einmal Dubinger konnte so gut reden —

Wah Gott, daß sie auch immer wieder an den Men- schen denken mußte! Es war aber auch zu schön geweien die letzten Wochen! Dieses Gefühl, einen Freund zu haben, der Anteil an ihr nahm — schließlich hätte sie ja in Gottes Namen auf Liebe und Heirat verzichtet, wenn er doch bloß so gewelen wäre, daß sie ihm Achtung und Freund- schaft hätte bewahren können. Nun hatte sie wieder niemand auf Erden, mit dem sie sich zuweilen ausdrücken konnte —

„Guten abend, Fräulein Johanna!“ sagte in diesem Augenblick eine wohlbetante Stimme hinter ihr. Sie fuhr herum und starrte bestürzt in ein fremdes Gesicht, dessen Bild ihr gleichwohl merkwürdig bekannt vorkam —

„Wer sind Sie? Was wollen Sie von mir?“ stamm- melte sie verwirrt.

Da nahm der fremde Herr ihre beiden Hände und sahete sie sanft zu einem Grinsen, wo er sich ihr gegenüber niederließ.

„Liebe Freundin, ich habe Ihnen viel abzuhalten! Vor allem, daß ich mich Ihnen unter fremdem Gestalt und falschem Namen näherte —“

„Jesus Maria! Sie sind — Sie sind —“
„Anton Dubinger — ja wohl. Das heißt, so nannte ich mich Ihnen gegenüber. In Wahrheit heiße ich Elias Hempel und bin Detektiv.“

„Also doch! doch!“ rief Johanna funkelnenden Auges anstarrend. „Und Sie unterreden sich wirklich, mit noch unter die Augen zu treten?“

Hempel drückte sie gelassen auf ihren Sitz zurück. „Ja. Denn ich bin überzeugt, daß Sie mir ver- zeihen, wenn Sie alles wissen. Vor allem, daß mir kein anderer Weg blieb, wenn ich meine Aufgabe, einen Un- schuldigen vom Tode zu erretten, erfüllen wollte.“

„Sie haben mich belogen und betrogen!“
„Das ist bis zu einem gewissen Grade wahr. Aber der Zweck war gut, wie Sie selbst zugeben werden, wenn ich Ihnen sage, daß Ihre Herrin unter dem Verdacht der Missetat an einem Vorbe stand und jeden Augenblick verhaftet werden konnte!“

„Befliger Gott!“
Fortsetzung folgt

Die Sozialisierungsfrage im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

Am Regierungstisch: Scholz, Wirth.
Der Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Erhebung des Reichsnotstandes und der Ausrückung des Vermögenszuges wird auf Antrag des Abg. Niesner (Dt. Sp.) dem Steuerausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht eine sozialdemokratische Interpellation, in der die Regierung gefragt wird, wann sie den angelegten Gesetzentwurf über die

Sozialisierung des Kohlenbergbaues

vorgelegt wird, und zwar einen Entwurf, der die Volksozialisierung durchführt.

Abg. Schiffer (Soz.)

Begründet die Interpellation. Zunächst hat der Reichsarbeitsminister Brauns die Sozialisierung des Kohlenbergbaues versprochen, dann hat das Reichskabinett den Wirtschaftsausschuß aufgefordert, einen Entwurf vorzulegen und schließlich hat der Reichsfinanzminister v. Raumer im Reichswirtschaftsrat erklärt, das Reichskabinett habe noch heute geschloffen auf dem Boden der früheren Erklärung. Seitdem ist in allen Regierungskreisen auf der Bergbaubetriebe ein privatrechtliches Monopol bleiben soll oder ein Gemeinwirtschaftsunternehmen, das dem Volke ganz zu dienen hat. Der Redner gibt einen historischen Überblick über die Entstehung des jetzigen Bergwerkseigentums. Der Entwurf des Reichswirtschaftsrates ist rein privatrechtlich. Er will 10 bis 12 Kohlenbergbauunternehmen schaffen, die die ganze Wirtschaft beherrschen. Die Arbeiter will man mit Kleinrenten abfinden. Das würde zu einem Verfallkapitalismus führen, der nicht nur über Leiden, sondern auch über das Volkswohl hinweggehen würde. Wir lehnen die Gewinnbeteiligung im Inneren ab und mit der Sozialisierungskommission ab. Die Bergarbeiter wollen nur ihre Arbeit in den Dienst des Volkes stellen. Der größte Teil der Arbeiter will ganz genau, daß die Sozialisierung nur die Überführung der Erträge in den Besitz der Allgemeinheit bedeuten solle. Sollte daher die heutige Erklärung der Reichsregierung die Arbeiter enttäuschen, oder der Gesetzentwurf noch auf sich warten lassen, so vermöge er die nachfolgende Wirkung auf die Arbeiterschaft noch nicht abzusehen.

Reichswirtschaftsminister Scholz:

Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. Oktober einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaues mit möglicher Beschleunigung vorlegen. Die Regierung glaubt, einen geraden, wohl überlegten Weg einschlagen zu müssen. Daß die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung nicht einfach zu lösen ist, geht schon daraus hervor, daß auch die Partei der Interpellanten, die 1 1/2 Jahre in der Regierung gewesen ist, und während dieser Zeit einen solchen Weg nicht vorzuschlagen vermochte (Zurückhaltung rechts). Es wäre vermessen, diejenigen Beratungen zu beschleunigen, die gerade im Augenblick unter den ersten Sachverständigen auf diesem Gebiet stattfinden. Wir müssen vielmehr unter Zurückziehung aller parteipolitischen Ansichten, rein vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mit den Sachverständigen prüfen, welche Erledigung dieser Frage uns näher kann. Deshalb kann die Regierung im gegenwärtigen Augenblick, wenn sie ihre Aufgabe ernst nimmt, an diesen Beratungen nicht vorübergehen, die hoffentlich einen geschicklichen Ausgang haben werden zum Segen unseres Vaterlandes (Beifall).

Abg. Dolz (Zentz.)

Müht die Erklärung der Regierung. Offenlich leistet die Kommission rasche und gute Arbeit. Kommt eine Verhandlung nicht zustande, dann mühte die Regierung ihrerseits mit einem Gesetzentwurf kommen.

Abg. Leopold (Dt. Sp.):

Durch das Schlagwort Sozialisierung darf man sich nicht täuschen lassen, so hat selbst der sozialdemokratische Abg. Veruhsen erklärt. Bei der vorliegenden Frage sollte aber die Volksozialisierung im Vordergrund stehen. Die Forderung mit dem Staat zu kommen und nicht wankend machen in der Erwägung, daß diese Frage des Wirtschaftslebens nur nach ruhiger und klar überlegter Behandlung und gelöst werden kann. Die Folgen der Sozialisierung wären Verarmung und Verelendung. Die sich anbahnende Verringerung der Produktionsverhältnisse würde in ihrer Gesamtheit verheerend werden. Eine Volksozialisierung dieser Art kann weder eine Verbilligung der Kohle noch eine Förderung der Produktion bringen, ist daher alles andere, nur nicht sozial. Alle Stände müssen sich zu gemeinsamer Arbeit an dem Aufbau zusammenschließen. Der Gedanke der Einheit allein kann und nur wieder hoch bringen. Im übrigen wissen wir sehr wohl, daß die Arbeiterschaft durchaus nicht in ihrer Allgemeinheit hinter der Forderung der Sozialisierung steht, von der Regierung erwartet wird, daß sie bei der Ausarbeitung des Gesetzes den jetzigen Menschen mit all seinen Fehlern zur Desorientierung unserer Wirtschaft verwerlet. Der Sachverständigenkommission aber muß Ruhe und Zeit bei ihren Beratungen gelassen werden, damit sie das Sozialisierungsproblem zur ausgiebigen Befriedigung lösen kann.

Abg. Carls (Dt. Sp.):

Wir bitten das Verfahren der Regierung. Es ist geradezu eine verfassungsmäßige Pflicht der Regierung, vor Einbringung eines solchen Gesetzes den Reichswirtschaftsrat zu befragen. Es gibt 2 Wege zur Sozialisierung, den der Wirtschaft und den der Politik. Der Weg der Politik ist gekennzeichnet durch den Generalkonflikt vom 20. März. Die Arbeiter der Sozialisierungskommission haben ganz unter dem politischen Gesichtspunkt. Wir werden an allen Maßnahmen weiter mitwirken, die die Produktion fördern und unsere Volksozialisierung d. h. Gemeinwirtschaft wieder aufbauen. Wir wollen nicht, daß die Volksozialisierung aus unserem einheitlichen Wirtschaftskörper herausgeschritten wird.

Abg. Reiche (Bayern. Sp.):

Die Regierungsbekanntmachung scheint begründet. Wir erwarten, daß der bald kommende Gesetzentwurf die Interessen des ganzen Volkes berücksichtigt.

Abg. Gente (U. Sp. r.):

Die Deutschnationalen erheben kapitalistischen Profit durch politische Mittel. Sie wollen hierher zu gehen und so zu tun, als ob sie ernstlich an wirtschaftlichen Problemen von der Art der Sozialisierung mitarbeiten wollten, ist Scheuerei. In nationale Empfindungen wird immer nur dann appelliert, wenn der Profit in Gefahr steht. So macht es auch Herr Steinmetz. Demgegenüber muß die Arbeiterschaft aufgeklärt

werden. Arbeitsgemeinschaft und Parität sind Schlagworte, mit denen der Arbeiter getäuscht werden soll. Der Arbeiter aber ist genügend politisch geschult, um sich nicht durch die Kleinrenten einfangen zu lassen. Nur die Volksozialisierung kann die wirtschaftliche Gesundung unseres Volkes bringen. Eine Verhängung mit den Kohlenbaronen ist nicht möglich, denn es trennen uns Weltanschauungen. Steht sich die Regierung auf dem Boden, die Sozialisierungsfrage bis zum St. Nimmermehrstage zu verschieben, so bedeutet das eine Katastrophe. Das Bürgertum fühlt sich sehr hart genug, um es auf einen Kampf mit der Arbeiterschaft ankommen zu lassen. Die Arbeiterschaft ist bereit, sie wird nicht ruhen, bis die soziale Revolution durchgeführt ist.

Abg. Schiffer (Demokr.)

gibt folgende Erklärung ab: Die Deutsche demokratische Fraktion vertritt, wie sie schon wiederholt betont und bekräftigt hat, den Standpunkt, daß es eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Gegenwart ist, der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft einen größeren Anteil als bisher an der Verwaltung und den Erträgen der Wirtschaft zu sichern, ohne auf die kraftvolle Beibehaltung der Unternehmervorherrschaft zu verzichten. Sie erkennt an, daß die Lösung dieser Frage der Volksozialisierung bedarf, um in unser Wirtschaftsleben Ruhe und Vertrauen und Arbeitsfreudigkeit einzuführen zu lassen und dadurch die Leistungsfähigkeit in eine Prüfung der Wege einzuführen, die zu diesen Zielen führen können. Diese Prüfung muß im Hinblick auf die Tragweite der zu treffenden Entscheidung gründlich und eingehend sein. Ihr Ergebnis wird die Stellung der Fraktion gegenüber dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Gesetzentwurf bestimmen.

Abg. Rosen (Völk. Fraktion):

Ich habe mich gewundert, daß der Reichsnotstand nicht über das Verhalten der Reichsozialisten seit dem März gesagt hat (Gelächter). Hat man sich bereits miteinander verständigt?

Abg. Jansche (Soz.):

Der Minister hat der früheren Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in 1 1/2 Jahren kein Sozialisierungsgesetz vorgelegt habe. Er mußte wissen, daß wir zunächst den Friedensschluß abwarten mußten. Später ist die Regierung durch den Rapp-Bußsch gelehrt worden. Die Ungebuld der Arbeiter ist aufs höchste zu steigern. Auch die Ditsch-Unterstützer Vereine fordern die Volksozialisierung sogar ohne Entschädigung der Bergwerkseigentümer. Der Gewinn der Bergwerkseigentümer ist durchaus nicht so gering wie er dargestellt wird. Wird die Sozialisierung nicht durchgeführt, so ist ein Rückgang der Produktion sicher.

Damit schließt die Aussprache. Die Interpellation ist erledigt. Das Haus verlegt sich. Montag 1 Uhr: Geisch über Oberösterreich, sozialdemokratische Interpellation über Kapitalverhältnisse nach dem Ausland. — Schluß 2 1/2 Uhr.

Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften ist, acht Jahre nach dem neunten, am Sonntag in Eisen zusammengetreten; die Verhandlungen sollen vier Tage dauern. Die zuständigen Behörden sind vertreten. Der preussische Volksliedertreuer Stegerwald, der über „Die christliche Arbeiterschaft und das deutsche Volk“ berichtet wird, hat die Eröffnungsansprache gehalten. Vom Auslande sind Vertreter vom Internationalen Arbeitsamt in Genf und dem Internationalen Gewerkschaftsbund, von der römisch-katholischen Fachorganisation, und den christlich-nationalen Fachverbänden Hollands, den christlichen Gewerkschaften in Desterreich-Ungarn und anderen anwesend.

Der Kongress wählte zu Vorsitzenden den Minister Stegerwald und die Herren Behrens, Sieber und Jansche. Nach dem Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes ist die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften von 330 000 Ende 1912 auf 1 950 000 gestiegen. Der Gesamtverband hat sich mit anderen Verbänden zum deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen, der als Gegengewicht gegen den Kapitalismus in der Gewerkschaftsbewegung positive Wiederaufbauarbeit leisten will.

Dann wurden die Satzungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften angenommen. Der Gesamtverband umgibt danach alle deutschen christlichen Gewerkschaften. Sein Zweck und Ziel ist Wahrung der Interessen der christlichen Gewerkschaften gegen die Verletzung der sich aus der Tätigkeit der einzelnen Gewerkschaften ergebenden Aufgaben von allgemeiner Bedeutung und Befähigung umfassender Unterstützung der Verbesserung der Gewerkschaften durch die Gesamtheit.

Am zweiten Versammlungstage sprach St. als Minister Stegerwald über „die christlich-nationalen Arbeiterchaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes“. In der Nachmittagsitzung erklärten die Gesamtverbände der Angehörigen christlichen Gewerkschaften und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, welche die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter, Angehörigen und Beamten und der ihnen nahestehenden Kreise bei dem Wiederaufbau Deutschlands einheitlich zur Geltung bringen soll. — Nach erfolgter Wahl des parlamentarischen Komitees, das alle deutsch-christlich, demokratisch und sozial gesonnenen Sozialisten zu einheitlichem parteipolitischen Handeln zusammenführen soll, sprach Verbandsssekretär Hirtzler über die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart, beschränkte dabei besonders die verheerende Wirkung des Krieges und des Friedensvertrages auf das deutsche Wirtschaftsleben und forderte, der Mensch und seine Erlösung müsse wieder Mittelpunkt der Wirtschaft werden. Bei der Ausgestaltung unserer Wirtschaft müßten außer den Gesagten auch die Verbraucher, der reelle Handel und die beteiligte Arbeiterschaft einwirken. Die christlich-nationalen Arbeiter verlangen ein Wirtschaftsgesetz bei der Ordnung der Wirtschaft und dem Wiederaufbau, der nicht möglich sei durch die Diktatur des Proletariats, sondern auf der Grundlage der christlichen Lehre. (Beifälliger Beifall.)

Die Tagung des Völkerbundes.

Die Völkerbundsversammlung setzte am Sonnabend vormittag die Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats fort. Der belgische Delegierte, Senator Lafontaine, entwarf seine Stellungnahme zum Völkerbund. Neben dem Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sei es besonders die Frage der Abrüstung, die für die Welt geradezu eine Lebensfrage bedeute angesichts der Tatsache, daß der Militarismus heute mehr verdrängt als vormalig. Es seien nicht nur die Pazifisten, die diese Abrüstung verlangten, sondern die Finanzleute und die Männer des Wirtschaftslebens seien es, die auf eine Verabstimmung der militärischen Ausgaben dringen. Es müßte eine internationale Armee des Völkerbundes an die Stelle des nationalen Militarismus treten, die nicht mehr ein Instrument der Diplomatie, sondern des Rechtes sein müsse. Es wäre sehr leicht, diese internationale Armee heute für die Rettung Armeniens zu bilden, u. der Völkerbund würde eine gewaltige moralische Kraft gewinnen, wenn er sich zu einer solchen Aktion entschließen würde. Zu der Abrüstungsfrage sagte Senator Lafontaine u. a. wörtlich: Man muß den Völkerbund klar machen, daß die Stunde der Abrüstung noch nicht gekommen ist. Die Verfall der Pariser Festscheit haben das durchaus begriffen, da in dem betreffenden Artikel nur von der Verabstimmung der Rüstungen, die ein Maximum erreichen soll, die Rede ist.

Am weiteren Verlaufe der Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats bezeichnete der kanadische Delegierte Rowell als Hauptaufgabe des Völkerbundes die Verhinderung künftiger Kriege. In der Vorkonferenzstellung habe Kanada auf dem Standpunkte, daß es sich hier um eine interne Frage handle, die nicht der Völkerbund, sondern jede einzelne Nation selbst zu entscheiden habe. Als letzter Redner sprach Tittoni-Bozzetti. Er rühme mit dem Bundespräsidenten Motta darin überein, daß bei der Ausführung der Friedensverträge, soweit sie dem Völkerbund anvertraut sei, die größte Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zur Geltung kommen müsse. Sämtliche Verträge müßten wörtlich veröffentlicht werden, weil gerade dadurch das Ziel des Völkerbundes, die künftigen Kriege zu vermeiden, am besten erreicht werde. Die Auffassung des kanadischen Delegierten in der Frage der Volksozialisierung müsse er bedauern. Wenn die Vertreter aller Länder so sprechen würden, wäre eine gemeinsame Arbeit überhaupt unmöglich. Tittoni erntete lauten Beifall, als er betonte, im Völkerbund müßten vor allen Dingen nicht die nationalen, sondern die internationalen Interessen zur Geltung kommen. Die Verteilung der Rohstoffe sei für viele Völker geradezu eine Lebensfrage. Die Welt dürfe nach dem fürchterlichen militärischen Kampfe nicht einen noch fürchterlicheren wirtschaftlichen Kampf erleben, der den Wiederaufbau der Weltwirtschaft unmöglich machen würde. Gerade diejenigen Staaten, die nach dem Kriege ebenso reich oder noch reicher seien als vorher, müßten den weniger begünstigten Staaten ihre Hilfe anbieten. Er schloß sich dem Planke des Bundespräsidenten Motta an, daß Amerika bald Mitglied des Bundes werde. Was die Aufnahme der anderen Staaten betreffe, so habe er persönlich die Auffassung, daß der Völkerbund erst dann wirksam sei, wenn sämtliche Nationen der Welt in ihm vertreten seien.

Damit war die Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats beendet. Nächste Sitzung Montag 10 1/2 Uhr vormittags.

Die sechste Kommission der Völkerbundsversammlung, die ihre Sitzung öffentlich abhielt, behandelte das Abrüstungsproblem. Präsident Brandt betonte, daß es sich vielleicht um die wichtigste der vom Völkerbund zu lösenden Fragen handle. Der norwegische Delegierte Lange gab einen ausführlichen historischen Überblick über das Abrüstungsproblem. Die leidende Idee der Bestimmungen des Festscheit liege darin, daß kein Staat mehr ein solches militärisches Übergewicht erlangen dürfe, daß er dem anderen, geküßt auf seine militärische Macht, seinen Willen aufzwingen könne. Die Voraussetzung für jeden Fortschritt sei eine wirklich gegenseitige durch den Völkerbund ausgeführte Kontrolle. Zur Lösung des Problems sei es notwendig, daß die vom Rat eingesetzte technische Kommission ergänzt werde durch eine aus Männern der Politik, der Wissenschaft und der Volkswirtschaft zusammengesetzte Kommission, da die Abrüstungsfrage in erster Linie eine politische und ökonomische sei. Die Hälfte dieser Kommission solle vom Rat und die andere Hälfte von der Versammlung gestellt werden. Ferner müsse beim Generalsekretariat des Völkerbundes eine besondere Sektion für die Abrüstungsfrage eingerichtet werden, die der Bedeutung des Problems entspreche. Der zweite Berichterstatter Wellington-Koo-China erklärte, er sei überzeugt von dem guten Willen des Völkerbundesrats, mit der Abrüstungsfrage Ernst zu machen. Die größte Schwierigkeit liege darin, daß große Staaten, wie Amerika und England dem Völkerbund nicht angehören.

Ghruug der in Frankreich gefallenen deutschen Helden.

Am sechsten Totensonntag lezte der deutsche Volksheld Dr. Mayer am Denkmal für die auf dem Friedhofe Vauzeuz in der Pariser Vorstadt Montroune beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Dr. Mayer hielt dabei an die versammelten Mitlieder der deutschen Volksheld, der deutschen Friedensdelegation und der übrigen deutschen Missionen folgende Ansprache:
Ihrer eine Million deutsche Soldaten liegen auf französischem Boden beerdigt. Unermesslich ist die Zahl der Mütter und Witwen, der Kinder und Geschwister der Gefallenen, die heute in der Heimat in ihren Gedanken und Gebeten an den Gräbern ihrer Lieben weilen. Mit ihnen gedenkt das ganze deutsche Volk in Trauer und Ehrfurcht seiner für das Vaterland erfallenen Söhne. Zur Ehre des Andenkens an alle die Tremen, die an der Front, in Hospitälern oder in Gefangenschaft ihr Leben für ihr Vaterland dahingegen und nun in französischer Erde ihr Grabland gefunden haben, lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch in Unglück und Not seine Helden und ihre Taten nie vergessen; es neigt sich in unaussprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken, das ihm ein heiliges Vermächtnis bleiben wird immerdar.
Für die deutschen Mütter und Frauen lege Frau Volksheld Dr. Mayer einen Kranz nieder, für die deutsche Friedensdelegation Gesandter v. Matius.

Ablehnung eines neuen Wehrgesetzes.

In einer Rundgebung lebte die Offiziersvereinsung der Deutschen Republik den Entwurf eines neuen Wehrgesetzes, der die Reichswehrangehörigen sowohl vom aktiven wie vom passiven Wahlrecht zum Reichstag, Landtag und Gemeindevorstellungen ausschließt, ab.

